

**Gesellschaft für bedrohte Völker
(GfbV)
Regionalgruppe Münster**
Dr. Kajo Schukalla
(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

www.gfbv.de

www.rg-muenster.gfbv.de

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker
Regionalgruppe
Münster

Münster, 2. November 2020

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

die **Corona-Pandemie** fordert uns alle. Seit einigen Wochen konnten wir in der Menschenrechts- und Eine-Welt-Arbeit bereits wieder mehrere kleinere Treffen unter strengen Schutzauflagen realisieren, doch nun haben deutlich gestiegene Inzidenzzahlen einer „zweiten Welle“ seit gestern zu einem **erneuten Lockdown** geführt.

Angesichts des Corona-Infektionsgeschehens und der neuen Corona-Schutzverordnung und schon grundsätzlich aus Solidarität mit den Risikogruppen haben wir fast alle Aktivitäten auf digitale Formate umgestellt oder eben abgesagt. Veranstaltungen wie früher sind somit vorerst nicht mehr möglich.

Im März 2020, ich war noch rechtzeitig aus Indien und Nepal zurückgekehrt, mussten erstmals die meisten Veranstaltungen coronabedingt abgesagt werden, darunter auch unsere Beteiligungen wie bei der Vocatium-Bildungsmesse in der Halle Münsterland.

Nicht allen ist es in dieser Zeit gelungen, sich auf digitale Formate umzustellen.

Nachfolgend möchte ich informieren über

1. Planungen, Absagen, Verschiebungen,
2. neue Publikationen der GfbV,
3. ausgewählte Berichte im Rückblick auf die letzten Monate und
4. ausgewählte aktuelle GbV-Pressemitteilungen.

Über Rückmeldungen, konstruktive Kritik, Anregungen, weiterführende Ideen und Mitmachangebote würden wir uns freuen.

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

1. Planungen, Absagen, Verschiebungen

Sehr kurzfristig abgesagt werden musste leider auch die für diesen 2. November geplante **Sorben-Veranstaltung „Leben im Zwiespalt“ mit Benedikt Dyrlich.**

Benedikt Dyrlich, Angehöriger des Volkes der Sorben in der Lausitz, ist zuletzt durch seine zweibändige Autobiografie „Leben im Zwiespalt“ über sein Leben in der DDR und nach der Wende, hervorgetreten. Der Christ, Lyriker, Theaterdramaturg, Politiker, Journalist hat sich zeitlebens gegen den Braunkohleabbau im sorbischen Siedlungsgebiet und für das friedliche, selbstbestimmte Miteinander in einer multiethnischen, mehrsprachigen Lebenswelt engagiert. Die Veranstaltung, vom Arabisch-deutschen Literaturkreis und dem Evangelischen Forum Münster organisiert und vom der GfbV-Münster unterstützt, soll aber zu entspannteren Zeiten nachgeholt werden. Eine Verlegung ins Internet schien in diesem Falle nicht angemessen.

Ebenso muss die für Samstag, den 21. November, im Bennohaus geplante GfbV-Veranstaltung mit den **kurdischen Frauen** verschoben werden.

Auch unsere schon traditionelle **Vorweihnachtsaktion**, eine große Mahnwache vor dem Rathaus, werden wir coronabedingt in diesem Jahr nicht wie gewohnt durchführen können. Wir prüfen, ob wir trotzdem zumindest eine reduzierte Variante hinbekommen können.

Auf Ebene der GfbV-Regionalgruppen haben wir gemeinsam mit dem GfbV-Bundesbüro ein anderes Angebot entwickelt, einen **GfbV-Adventskalender** mit einer Geschichte über das Schicksal von zwei Mädchen in Nigeria. Einzelheiten dazu finden sich unten bei den Medienangeboten.

In unserer Menschenrechtsorganisation haben wir zudem **digitale Formate** entwickelt, die intern die Kommunikation mit Online-Konferenzen deutlich verbessern. Sehr rege funktioniert dies bereits auf der Ebene der Regionalgruppen in Deutschland. Für aktive Mitglieder konnten wir zudem mehrere **interne Fortbildungen** anbieten. In jeweils nur einer Stunde ging es um aktuelle Entwicklungen in Syrien, China, Brasilien und die Lage der Indigenen. Ein längeres Abendangebot für ein interessiertes Fachpublikum behandelte den aktuellen Konflikt in und um Berg Karabach.

Da wir mittlerweile als GfbV auch in Münster über die Möglichkeiten von Online-Konferenzen und digitaler Informationsveranstaltungen verfügen, überlegen wir **eigene digitale Veranstaltungsangebote** für die nächste Zeit.

Wer Interesse nicht nur an einer Teilnahme, sondern auch an der thematischen und technischen Vorbereitung hat, schreibe mir bitte oder rufe mich an.

Nur digital ist im Rahmen unserer Kooperationen dieses **Filmangebot** noch möglich:
2040 – Wir retten die Welt! (*gezeigt als digitales Screening*)

Donnerstag, 12. November 2020, 18 – 21 Uhr

(Australien 2020, 92 Minuten, Dokumentationsfilm von Damon Gameau)

Wie könnte unsere Zukunft im Jahr 2040 aussehen? Wie können wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen, den CO2-Ausstoß begrenzen und was können wir gegen den Klimawandel tun? Der preisgekrönte Regisseur Damon Gameau begibt sich auf eine Reise um die Welt auf der Suche nach Antworten auf diese drängenden Fragen. Und er findet dabei zahlreiche Ansätze und bereits verfügbare Lösungen: Haushalte, die ihre eigene Energie herstellen, Autoverkehr, der durch Sharing-Modelle und selbstfahrende Autos ersetzt wird und Platz macht für Parkanlagen und Urban Gardening. Wir müssen nur bereit sein, solche neuen Wege einzuschlagen und damit gemeinsam für eine bessere und nachhaltigere Welt zu arbeiten.

Zum Trailer: <http://www.nihrff.de/2040-2/>

Im Anschluss ist ein Gespräch mit dem Publikum geplant, mit dabei sollen sein Sascha Kullak (Hansa-Forum Münster) und Klaus Töpfer (erster Bundesumweltminister a.D.).

Der englischsprachige Film wird als digitales Screening gezeigt. Um **Anmeldung** wird

gebeten unter ehrenamt@vamos-muenster.de .

Der technische Check-Up beginnt um 17.45 Uhr, die Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr bis ca. 21 Uhr mit einer Pause.

Eintrittspreis: Eine Teilnahme ist grundsätzlich ohne vorherige Bezahlung möglich. Wir bitten jedoch um Spenden, um weiterhin Filmdiskussionen anbieten zu können und um Einbußen etwas zu kompensieren.

Übliche Kosten zur Orientierung: 8,50€, ermäßigt*: 6,50€..

Die Veranstaltung ist Teil der entwicklungspolitischen Reihe „Münsters Welt ist nicht genug“, gefördert vom Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster. Die Reihe kann coronabedingt nicht wie ursprünglich geplant durchgeführt werden kann, einzelne Angebote wie dieses sollen aber digital realisiert werden.



An diesem Dienstag, den **3. November**, finden in den **USA** die **Präsidentschaftswahlen** statt. Wir haben in den letzten vier Jahren immer wieder über die verheerenden Folgen Präsident Donald Trumps Politik berichtet, über die Folgen seiner Klimapolitik, über Rassismus, die Native Americans, seine „fake news“ und die tiefe Spaltung und Veränderung der amerikanischen Gesellschaft.

Hinweisen möchte ich auf ein Angebot der Volkshochschule Münster, die kostenfrei eine **Online-Veranstaltung mit einer Expertenanalyse nach der US-Wahl** anbietet. **Prof. Dr. Stephan Bierling** kommentiert das Ergebnis am **Donnerstag, den 5. November 2020**, 19.30 Uhr, im Veranstaltungsformat VHS Wissen live. Bierling ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg und auf Machtverschiebungen in der Weltpolitik spezialisiert.

Die Teilnahme ist kostenfrei, eine **Anmeldung** auf der Website www.vhs-wissen-live.de erforderlich, aber unkompliziert bis zum 5.11. möglich (Kurs 102050). Ein Zugangscode wird dann zugemailt.

Das diesjährige **Gedenken zur Reichspogromnacht am 9. November** wurde coronabedingt abgesagt. Die Veranstaltung war bereits von der Synagoge in den Rathaussaal verlegt worden, wo Sabine Leutheuser-Schnarrenberger, frühere Bundesjustizministerin und heute Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW, über das Thema "Der Antisemitismus ist allgegenwärtig – Ursachen und Gegenstrategien" sprechen sollte. Wie die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mitteilt, dürfe das Gedenken an die Opfer der Shoah auch im Corona-Jahr 2020 nicht untergehen. Sie wird sich um andere Formen des Gedenkens bemühen. Mitglieder unserer GfV-Regionalgruppe unterstützen regelmäßig die Erinnerungskultur. Für uns ist sie **"systemrelevant"!**

Über weitere **Planungen** werde ich demnächst informieren.

Vorgemerkt werden sollten aber bereits die Termine der **Filmreihe Minderheiten**, die wir in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und dem Eine-Welt-Forum Münster **ab Februar 2021** in der Stadtbücherei zeigen wollen. Die Dokumentationen und Spielfilme beginnen jeweils um 19.30 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Hier zunächst ein **Terminüberblick** mit den Filmen. Nach jedem Film besteht die Möglichkeit der weiteren Information und Diskussion.

Do. 18.02.2021 "Jenny und die vergessenen Roma-Kinder" (Roma)

Do. 25.02.2021 "Rosia Montana - Ein Dorf am Abgrund" (ein Dorf in den Karpaten)

Do.04.03.2021 "The Promise - Die Erinnerung bleibt" (Armenier)

Do.11.03.2021 "Das Mädchen aus dem Norden" Die Geschichte der Samen (Samen)

Do.18.03.2021 "Große Zeitreise/Wjelike casowe drogowanje" (Sorben)

Do. 25.03.2021 "Das Volk eines Engels" -Völkermord an den Jesiden (Yeziden)

Weiter unten finden sich Beiträge zu unserer umbenannten und nochmals verbesserten **Fachzeitschrift für Menschenrechte** sowie zum **neuen GfbV-Bildkalender**, auch ein ideales Geschenk zu Weihnachten und dem Jahreswechsel.

2. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV

Unsere Medienangebote

Etwas ausführlicher möchte ich auf unsere GfbV-Zeitschrift und den neuen Bildkalender hinweisen. Die Zeitschrift trägt einen neuen Namen und wurde weiter verbessert, unser neuer Bildkalender wurde gestalterisch noch einmal optimiert und ist wieder sehr eindrucksvoll.

Beides eignet sich auch ideal als Geschenk. Weitere Hinweise dazu finden sich weiter unten.

Zeitschrift „Für Vielfalt“

Unsere Fachzeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“ hat nach langen Diskussionen einen neuen Namen erhalten: „**Für Vielfalt – Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte**“.

Unverändert steht sie aber als Fachblatt mit hohem journalistischen Anspruch für unsere Menschenrechtsarbeit. Nachfolgend berichtet Johanna Fischotter über den Namenswechsel.

Eine Kurzbeschreibung der beiden ersten Ausgaben habe ich hier angefügt.

Gerade in den schwierigen Zeiten der Covid-19-Pandemie kommt verlässlichen Zeitschriften und Medienportalen eine gewachsene Bedeutung zu. Wer unsere Zeitschrift noch nicht abonniert hat, sie vielleicht nicht einmal kennt, fühle sich **eingeladen**, ein **Probeexemplar** anzufordern oder die Zeitschrift sofort zu abonnieren. Im deutschsprachigen Raum gibt es in diesem Menschenrechtsbereich nichts Besseres !

Kajo Schukalla



Dies schreibt unsere verantwortliche Redakteurin Johanna Fischotter:

Liebe Leserin, lieber Leser,

endlich ist es so weit: Wir heißen seit dieser Ausgabe „Für Vielfalt – Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte“.

Diese Umbenennung war ein langer Prozess. Vorangegangen waren ihr verschiedene negative Erlebnisse mit dem Namen „bedrohte Völker – pogrom“. Besonders im Gedächtnis blieben die Irritationen, die er jährlich bei Interessierten an unserem Stand auf der Leipziger Buchmesse oder auf den verschiedenen Kirchentagen hervorrief. Ab wann sollten wir diesen Reaktionen Rechnung tragen?

*Vor genau einem Jahr, in der Ausgabe 4/2019, hatte ich dann Sie um Ihre Meinung zu dem Namen unserer Zeitschrift gebeten. Viele von Ihnen nahmen diese Möglichkeit damals wahr. Die meisten befürworteten eine Namensänderung. Den Argumenten jener, die es nicht taten, galt in den folgenden Monaten meine besondere Aufmerksamkeit. Was wog schwerer? Bestärkt durch die klare Mehrheit der Namensänderungs-Befürworter*innen unter Ihnen, sollte der Prozess der Namensänderung schließlich weitergehen.*

Doch welcher Name sollte es überhaupt werden? Die Suche nach einem neuen Titel war wohl der komplexeste Schritt im ganzen Prozess. Unter Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, war der Name „bedrohte Völker“ beliebt. Ihn hatte ich als Rückmeldung auf die Umfrage am häufigsten als Vorschlag erhalten. An sich wäre es ein guter Name gewesen. Doch mit der Änderung des Namens sollte auch das Cover etwas umgestaltet werden. Unser Logo der Gesellschaft für bedrohte Völker sollte auf dem Titelblatt erscheinen, um die Zusammengehörigkeit von Zeitschrift und Menschenrechtsorganisation zu unterstreichen. Die Doppelung „bedrohte Völker“ der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ war dann aber doch zu viel.

wir haben ausgiebig diskutiert: hier im Büro der Gesellschaft für bedrohte Völker und mit unseren Vorstandsmitgliedern. Schließlich kristallisierte sich „Für Vielfalt“ als Favorit heraus. Es ist ein Statement und umfasst sowohl ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten also auch indigene Völker. Um trotzdem auf den ersten Blick zu sehen, worum es in unserer Zeitschrift geht, entstand in einer Diskussion der Zusatz „Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte“. Dabei blieb es. Nun stand noch die Prüfung des neuen Namens durch eine Rechtsanwältin aus. Ein Leser schrieb mir Ende Juni 2020 eine Mail und fragte, warum auf unserem Cover noch immer „pogrom“ stehe. Es war ein langer Prozess, diese Umbenennung.

1970 erschien die erste Ausgabe „pogrom“. 2020 starten wir mit dieser Ausgabe nun in die nächsten hoffentlich mindestens 50 Jahre Für Vielfalt!

Ich wünsche Ihnen allzeit eine spannende Lektüre

Ihre Johanna Fischotter

Urbanisierung: Leben in der Stadt

Immer mehr Menschen zieht es in die Stadt – freiwillig, oder gezwungenermaßen. Versprechen von Bildung, sozialem Aufstieg oder politischem Engagement stehen Gefahren gegenüber: Indigene leiden in der Stadt zum Beispiel kategorisch stärker unter gesundheitlichen Risiken. Von Staatshilfen werden sie systematisch ausgeschlossen. In Tibet zwingt die chinesische Regierung Nomad*innen für eine einfachere Überwachung in die Sesshaftigkeit. Damit verlieren diese ihre Lebensgrundlage. Auch stellt sich die Fragen, ob und wie Traditionen und Spiritualität in der Moderne der Stadt lebendig bleiben können.

Nummer 319
Ausgabe 04/2020
Seiten 64
Preis 4.60 Euro



Religionsfreiheit: Zwischen Geistern und Gott

Überall auf der Welt schöpfen Menschen Kraft aus ihrem Glauben. Die religiöse Vielfalt ist nahezu unglaublich. Ihre Grundlage ist das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Es garantiert, dass jeder Mensch den eigenen Glauben – oder Nicht-Glauben – frei wählen kann. Doch immer wieder beanspruchen religiöse Gruppen für sich, den „einzig wahren“ Glauben zu vertreten. Sie versuchen, ihn allen anderen aufzuzwingen: durch Missionar*innen, Gesetze oder Waffengewalt. Gerade Minderheiten und indigene Völker geraten so in Bedrängnis. Wir wollen in dieser Ausgabe andeuten, wie komplex die Welt der Religionen ist – eine Welt, die so vielen Menschen Hoffnung gibt und in ihrem Kern doch eigentlich immer nach Frieden strebt.

Nummer 320
Ausgabe 05/2020
Seiten 68
Preis 4.60 Euro



<https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/320-religionsfreiheit-zwischen-geistern-und-gott/>

Die **GfbV-Zeitschrift „Für Vielfalt“** berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970 unter dem Namen "bedrohte Völker - pogrom". „Für Vielfalt“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„Für Vielfalt“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de. Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

<https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/>

Ein kostenfreies **Probeexemplar** kann man im Göttingener Bundesbüro anfragen, Kontakt: Christian Rach, E-mail: c.rach@gfbv.de
Tel. 0551/ 49906-26

Über diesen Link lassen sich die **Hefte bestellen**. Auch als **Geschenkabonnements** sind die Hefte ideal.

<https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/zeitschrift-abo/#c3189>

Unser Bildkalender 2021 ist da!

Thema: Kulturen in Bewegung



Foto: Udo
Stolte/Shelter
Now

Augenzwinkernd zieht der Kuchi für das Foto sein Kamel in Position. Ob zu Fuß mit ihrem Vieh wie diese Nomaden in Afghanistan, auf Schlitten oder Schneemobilen wie die Nenzen in Sibirien oder im Dauerlauf wie die San in Namibia – wir zeigen in unserem Bildkalender 2021, wie sich Menschen fortbewegen.

Auch überraschende Szenen sind dabei, denn traditionelle Kulturen stehen nicht still. Sie gehen mit der Zeit. So braust im Amazonasregenwald eine festlich geschmückte Waura-Familie auf Motorrädern zur gemeinsamen Feier. Oder Traveller-Kinder in Irland posieren trotzig-stolz auf ihrem Pony vor einem Campingbus für die Kamera.

Auf den Rückseiten der Monatsblätter informieren wir über die Volksgruppen, unter ihnen auch Tuareg in Nordwestafrika, Papua in Indonesien, Adivasi in Indien, Kopten in Ägypten oder Turkmenen im Iran.

Die letzte Seite ist als übersichtlicher Jahresplaner gestaltet.

Kalenderblätter

Vorderseiten: 13 großformatige Farbbilder (44x32 cm)

Rückseiten: illustrierte Texte zum jeweiligen Thema

Die Rückseite des letzten Blattes ist als übersichtlicher Jahresplaner gestaltet.

Preis: 19,15 Euro (Versand innerhalb Deutschlands kostenlos)

ISBN 978-3-922197-92-8

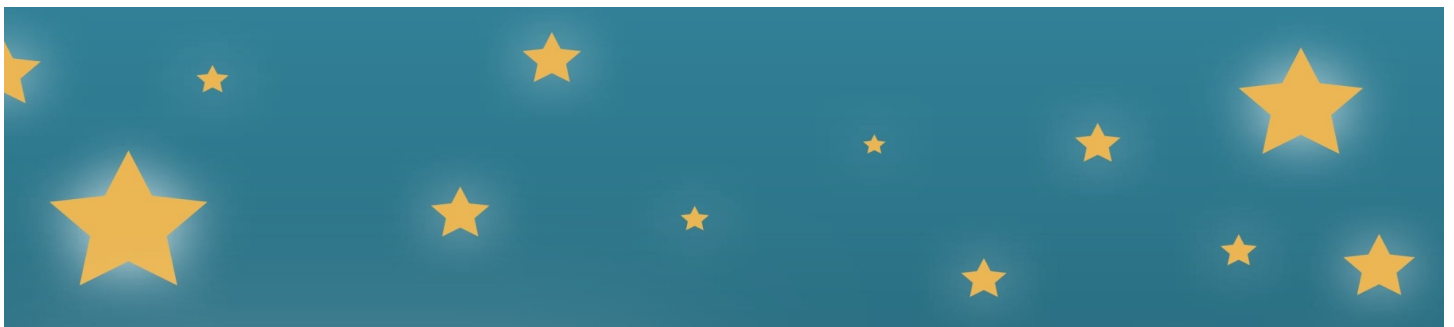
Wussten Sie eigentlich, dass unser Bildkalender 2014 vom GREGOR INTERNATIONAL CALENDAR AWARD mit dem Sonderpreis „SOZIALES ENGAGEMENT“ ausgezeichnet wurde?

Zu beziehen

im Buchhandel oder direkt im Onlineshop der GfbV oder Tel. 0551 499 06-26.

In Münster können bei unserer Regionalgruppe einige Exemplare nach telefonischer Absprache direkt über Ulrike Kuhlmann bezogen werden: Tel. 0251/ 5309793 (mit AB).

***Übrigens, auch als Weihnachtsgeschenk sehr anempfohlen!!!
Jetzt sichern und bestellen!***



„Adah ist ein fröhliches Mädchen...“

so gewöhnlich beginnt die Weihnachtsgeschichte der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) über das Schicksal von zwei Mädchen in Nigeria, die aber bald zu einer

Geschichte voller Spannung, Mut und Hoffnung wird. Es ist eine etwas andere Weihnachtsgeschichte, die zur Besinnung auf Nächstenliebe, Familie und Frieden anhält. Die Erzählung ist angelehnt an wahre Schicksale von Mädchen und Frauen in Nigeria. Besonders Christinnen leiden dort unter Verfolgung und Terror. Die GfbV setzt sich seit ihrer Gründung für Menschen- und Minderheitenrechte in Nigeria ein und tut dies auch heute.

Folgen Sie der Geschichte von Adah und Nneka 24 Tage lang und werden Sie selbst aktiv: Hinter zwei Türchen verbergen sich Aufrufe an Sie, zusammen mit der GfbV einen Appell an die Bundesregierung zu richten, Kinder in Nigeria besser zu schützen.

Jetzt bestellen:

Unser liebevoll gestalteter **GfbV-Adventskalender** ist kostenfrei. Bestellen können Sie per E-Mail an weihnachtsaktion@gfbv.de. Oder rufen Sie uns an: Tel. 0551 49906-0.

Wir freuen uns über eine Spende und empfehlen den Wert von 10 Euro an IBAN DE07 2512 0510 0000 5060 70 mit dem Verwendungszweck „Weihnachtsaktion“. Der Adventskalender ist limitiert auf 1.000 Stück, schnell sein lohnt sich! Ihre Bestellung macht es möglich, dass wir gemeinsam den Stimmen von Kindern des Krieges in Nigeria Gehör verschaffen!

Bitte unterstützen Sie die Gesellschaft für bedrohte Völker mit Ihrer Spende, damit wir uns weiter für Menschenrechte bedrohter Völker einsetzen können.

<https://www.gfbv.de/de/weihnachtsaktion/>

Wer sich stärker für **die internationale Arbeit** unserer Menschenrechtsorganisation interessiert, den verweise ich beispielhaft auf unsere **Arbeit bei den Vereinten Nationen** in New York. Eingaben lassen sich auf den englischen Internetseiten nachlesen.

<https://www.gfbv.de/en/about-us/our-work-at-the-un/>

Mehrere **neue GfbV-Menschenrechtsreports** finden sich auf unserer Internetseite unter der Kategorie **Infothek - Reporte und Memoranden**. Erschienen sind zuletzt Berichte zu isoliert lebenden Völkern, zu Kindern der Rohingya, zu indigenen Völkern der Arktis und anlässlich 25 Jahren nach dem Genozid von Srebrenica. Alle Dokumente kann man kostenlos herunterladen.

<https://www.gfbv.de/de/informieren/infothek/>



3. Ausgewählte Berichte im Rückblick auf die letzten Monate

Gesellschaft für bedrohte Völker trauert und würdigt Thomas Oppermann

Pressebericht Münster, 27.10.2020

Münster. Betroffen und mit Trauer reagierte die Gesellschaft für bedrohte Völker auf die Nachricht vom Tode des Bundestagsvizepräsidenten Thomas Oppermann. Für die Menschenrechtsorganisation in Münster würdigte Dr. Kajo Schukalla das große Menschenrechtsengagement des SPD-Politikers. Der aus dem nahen Freckenhorst stammende Abgeordnete mit Wahlkreis in Göttingen setzte sich immer wieder für die Freilassung politischer Gefangener und Angehörige verfolgter ethnischer und religiöser Minderheiten ein. Auch bei Treffen mit Menschenrechtsverteidigern in Berlin oder im Göttinger GfbV-Büro ermutigte er Aktivisten wie Betroffene. Außenpolitisch zeigte er ein klares Profil für Menschenrechte und Demokratie.

Elektromobilität – Woher kommen die Rohstoffe für die Verkehrswende?

Zur Menschenrechtssituation in den Abbaugebieten

Unter strengen Corona-Bedingungen fand in der Aula der Katholischen Studierenden- und Hochschulgemeinde eine Informationsveranstaltung zum Thema Elektromobilität statt. Im Rahmen des Konjunkturpaketes fördert die Bundesregierung die Elektromobilität durch Kaufanreize für Elektroautos. Diese brauchen ein Vielfaches der Rohstoffe, die Autos mit fossilem Antrieb benötigen, vor allem Lithium, Kobalt, seltene Erden und Graphit. Woher kommen diese Rohstoffe? Wie wirkt sich der Abbau der Rohstoffe auf Mensch und Umwelt in den

Abbaugebieten wie Bolivien und Kongo aus? Gibt es Alternativen zu den rohstoffintensiven Batterien? Und braucht es noch mehr Änderungen außer dem Umstieg auf Elektromobilität, um eine wirklich nachhaltige Verkehrspolitik zu gewährleisten?

Durch die vom Bund für Münster vorgesehene Batterieforschungsfabrik, die langfristig zu einem einzigartigen Zentrum der Batteriezellenproduktion in ganz Deutschland werden soll, kam dem Thema besondere Aktualität zu. Dr. Markus Börner vom MEET-Batterieforschungszentrum der Universität Münster informierte über die technischen Bedingungen und Forschungsstände zur Elektromobilität sowie den Stand des ambitionierten Großprojektes. Hannah Pilgrim, Koordinatorin des AK Rohstoffe bei PowerShift Berlin, informierte insbesondere über die Rohstoffaspekte, Herkunft und mit dem Abbau verbundenen Menschenrechtsproblemen. Das größtenteils fachkundige Publikum, nur 60 Personen waren im Saal zugelassen, diskutierte teils mit großer Leidenschaft, souverän moderiert von Maike Grabowski, Eine-Welt-Promotorin für Münster und das südliche Münsterland. Das Thema soll mit weiteren Veranstaltungen begleitet werden. Veranstalter waren Vamos e.V. die Gesellschaft für bedrohte Völker - Münster, das Eine-Welt-Forum Münster, Eine Welt Netz NRW und Iriba-Brunnen.



Um die **Lage der Roma in Rumänien** ging es am 18. September 2020 in einer GfbV-Veranstaltung in der Josephs-Kirche.

(Aus einem Bericht:) Roma sind die größte Minderheit Europas, doch kulturell, sprachlich und religiös sehr vielfältig. In Rumänien stellen sie bis zu zehn Prozent der Bevölkerung, leben aber größtenteils marginalisiert und unter schwierigen Bedingungen.

Zu einer Informationsveranstaltung über die aktuelle Lage der Roma hatten die Gesellschaft für bedrohte Völker und der Ökumenische Zusammenschluss christlicher Eine-Welt-Gruppen in die St. Josephs-Kirche eingeladen. Den Rahmen bot dazu die Fotoausstellung „Dann habe ich eine Geschichte“ der Künstlerin Irina Ruppert. PD Dr. Susanne H. Kolter begrüßte für die gastgebende Gemeinde und führte in die Porträtserie zu den Coltari-Roma ein. Dr. Kajo Schukalla informierte anschließend über die aktuelle Menschenrechtssituation der Roma in Rumänien und



erinnerte daran, dass formell bis 1856 Sklavereizustände für Roma andauerten und auch danach Formen von Verfolgung, Diskriminierung und Zwangsanpassung die rumänische Geschichte prägten. Nach der Wende waren es vor allem Mitglieder dieser Minderheit, die in den 1990er Jahren als erste ihre Arbeit verloren. Viele suchten nach Beitritt Rumäniens zur Europäischen Gemeinschaft dann ihre Chancen in Mitteleuropa.

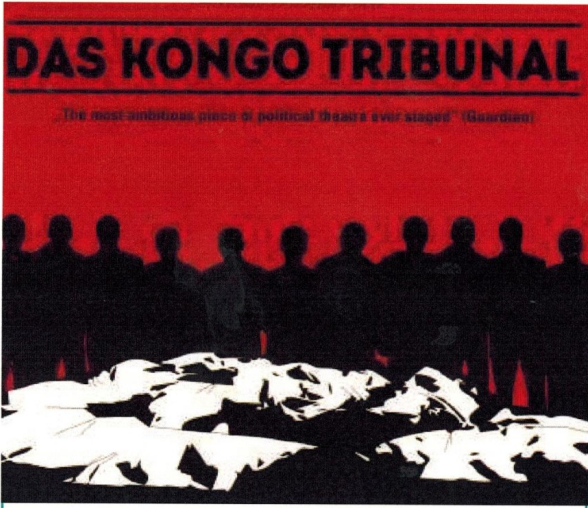
Obwohl seit über 500 Jahren in Europa heimisch, werden sie aber noch immer Opfer von Rassismus und Ausgrenzung. Schukalla erinnerte auch an die halbe Million Sinti und Roma, die Opfer des nationalsozialistischen Völkermords wurden.

Über die Rumänienaktion der Gemeinde St. Joseph Münster-Süd berichtete Antonius Gartmann. Seit drei Jahrzehnten (?) leisten viele Ehrenamtliche humanitäre Hilfe für ihre Partner in Iasi. So finden regelmäßig Hilfsmittel wie Rollstühle, Rollatoren, Hilfspakete und vieles mehr im großen LKW den Weg nach Rumänien. Interessierte sind herzlich als Unterstützer willkommen.

Zum **Thema Roma** gab es weitere Aktivitäten, an denen wir beteiligt waren. Hervorheben möchte ich das vom Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Münster vorbildlich und mit kompetenter Roma-Beteiligung organisierte **Fachgespräch „Wieviel Bildung braucht das Leben?“** am 23. September 2020 im Begegnungszentrum Meerwiese (Coerde).

Kongo-Tribunal

Filmmatinee „Das Kongotribunal“ im Cinema Münster (Pressemitteilung vom 14.9.2020)



DAS KONGO TRIBUNAL
„The most ambitious piece of political theatre ever staged“ (Guardian)

Filmmatinee mit anschließender Diskussion

Sonntag, 13. September 2020
11 Uhr

CINEMA Münster
Warendorfer Straße 45-47, 48145 Münster

  *Für Menschenrechte. Weltweit.*
Gesellschaft für bedrohte Völker 

Das Kongo Tribunal

Politisches Theater- und Filmprojekt, das den Konflikt und seine Widersprüchlichkeiten darstellt.

Der seit über 20 Jahre andauernde äußerst blutige Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) gehört zu den Kriegen, die in der medialen Aufmerksamkeit eine geringe Rolle spielen. Der enorme Reichtum des Landes an seltenen Erden, die wir für unsere Smartphones, Computer, E-Autos und vieles mehr benötigen, ist die Grundursache für die Gewalt und extreme Armut im Land.

2015 inszenierte der Schweizer Regisseur und Theaterautor Milo Rau das Kongo Tribunal – ein politisches Theater- und Filmprojekt in Bukavu (Ostkongo) und Berlin, um den Konflikt und seine Widersprüchlichkeiten öffentlich darzustellen.

Das Besondere an diesem Projekt ist, dass er es geschafft hat, Kriegsoffer, Milizionäre, Vertreter*innen der Regierung, Oppositionelle, Unternehmer*innen und Mitarbeiter*innen internationaler Organisationen an einen Tisch zu bringen.

Die pax christi Kommission Solidarität mit Zentralafrika und die Gesellschaft für bedrohte Völker laden sehr herzlich ein zur Filmmatinee mit anschließender Diskussion.

Infos: pax christi DV Münster; www.muenster.paxchristi.de;
muenster@paxchristi.de; 0251-511 420

Im Kongo sind in den letzten zwei Jahrzehnten etwa fünf Millionen Menschen Opfer der Konflikte geworden, doch die Täter blieben bis heute straffrei. Mit dem „Kongo-Tribunal“ realisierte der Schweizer Regisseur Milo Rau 2015 ein politisches Theater- und Filmprojekt, das den Krieg und Ausbeutung im Osten der Demokratischen Republik Kongo in seiner Widersprüchlichkeit aufzeigt. Die Pax Christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika und die Gesellschaft für bedrohte Völker zeigten und diskutierten das Filmprojekt, bei dem nicht Schauspieler, sondern Kriegsoffer, Milizionäre, Verantwortliche der Konzerne und Regierung und Oppositionelle und Nichtregierungsorganisationen real zusammengebracht wurden. Die Suche nach der Wahrheit war das große Anliegen des Tribunals. Auch wenn es ein symbolisches Tribunal war, weckte es doch Hoffnungen auf die Möglichkeit eines wirklichen Tribunals mit dem Ziel von Gerechtigkeit und einem künftigen Leben in Würde für die Menschen im Ostkongo. Im engagierten Podiumsgespräch diskutierten Reinhard Voß (rechts im Bild), ehemaliger Generalsekretär von Pax Christi Deutschland, der über drei Jahre für die kirchliche Kommission Justitia et Pax in der DR Kongo arbeitete, und Kajo Schukalla von Afrika-Fachgruppe der Gesellschaft für bedrohte Völker mit dem Publikum. Souverän moderiert wurde die unter Corona-Bedingungen stattgefundene Veranstaltung von Maria Buchwitz von Pax Christi.

Rassismus, Antisemitismus und ethnische Diskriminierung - Herausforderung für die Menschenrechtsarbeit (Bericht)

Ein erstes interkulturelles Treffen nach dem Covid-19-Lockdown fand am Samstag (15.9.2020) im großen Saal des Bennohauses statt, natürlich unter den strengen Corona-Bedingungen. Im Einführungsvortrag sprach Dr. Kajo Schukalla über Ideologie, Geschichte und Aktualität von Rassismus, Antisemitismus und ethnischer Diskriminierung. Über Alltagsrassismus referierte Lothar Wypyrsczyk, Sozialpolitiker und Sozialpädagoge in der Jugendhilfe. Ismet Nokta berichtete über Aspekte lokaler Menschenrechtsarbeit. In der von Dr. Medard Kabanda moderierten



Diskussion meldeten sich Teilnehmer mit erschreckenden eigenen Erfahrungen von Alltagsrassismus. Veranstalter waren Samo.fa, die Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster, Arche Noah Münster und die Afrika Kooperative, unterstützt vom Bürgerhaus Bennohaus und dem Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Münster.

Gedenken an Völkermord in Srebrenica - 25 Jahre -

Opfergedenken der Gesellschaft für bedrohte Völker auch in Münster

Pressebericht

Münster. Im Sommer 1995 wurden in Srebrenica 8.372 wehrlose Männer und Jungen sowie 571 Frauen von bosnisch-serbischen Truppen ermordet. Die ostbosnische Stadt war am 11. Juli in die Hände der serbischen Belagerer gefallen, obwohl sie zur UN-Schutzzone erklärt worden war. Frauen und Kinder wurden abtransportiert, Männer und Jungen erschossen, ihre Leichen verscharrt. Die Massengräber wurden später umgewühlt und verlegt, um das Verbrechen zu vertuschen.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker gedachte auch in Münster der Opfer des Völkermords in Bosnien vor genau 25 Jahren. Ismet Nokta (rechts im Bild) und Dr. Kajo Schukalla organisieren das Gedenken dezentral und unter den Corona-Schutzbedingungen.

Wie Schukalla ausführte, wurden von vielen Opfern



nur wenige sterbliche Überreste gefunden, manche konnten noch nicht bestattet werden und die Überlebenden haben nicht einmal ein Grab, an dem sie trauern können. Das Internationale Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien hat die Serbenführer Ratko Mladić und Radovan Karadžić wegen Völkermords, Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt. Trotzdem wird der Genozid von Seiten der Täter bis heute geleugnet. Viele von ihnen wurden noch immer nicht zur Rechenschaft gezogen. Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit sind für die Menschenrechtler in Münster Voraussetzungen für eine dauerhafte Versöhnung und ein friedliches Zusammenleben aller Volksgruppen in Bosnien und Herzegowina.

Für die trauernden Familien sind auch kleine Aktionen nicht weniger bedeutend“, erklärte Jasna Causevic, GfbV-Referentin für Genozid-Prävention und Schutzverantwortung im Göttinger Bundesbüro. „Auch 25 Jahre nach dem Völkermord ist die Leugnung des Genozids auf dem Westbalkan wie auch bei uns verbreitet. Der heutige Tag erinnert uns an unsere Verantwortung, dieser Form der Hassrede entgegenzutreten und uns für Frieden und Verständigung einzusetzen.“

Gedenken an Volksaufstand in Tibet *Pressemitteilung zum 10.3.2020*

Am letzten Dienstag, den 10. März, wehte wieder vom Stadtweinhaus die Tibet-Flagge und unter ihr versammelte sich eine Schar von Tibet-Freunden und Menschenrechtlern. Zur Erinnerung an den Beginn der Volksaufstandes vor genau 61 Jahren erinnerten die Tibet-Initiative und die Gesellschaft für bedrohte Völker gemeinsam mit in Münster lebenden Tibetern an die Ereignisse von 1959 im von China seit 1950 völkerrechtswidrig besetzten Tibet. Sie gedachten der brutalen Unterdrückungspolitik, der zerstörten Klöster und der insgesamt weit über einer Million Totesopfer der chinesischen Aggressions- und Unterdrückungspolitik. Bürgermeisterin Beate Vilhjalmsson sprach auch in diesem Jahr ein einfühlsames Grußwort und zeigte ihre Empathie mit den Opfern. Wie keine andere Politikerin und Repräsentantin unserer Stadt bezeugt sie Jahr für Jahr glaubwürdig ihre Solidarität mit den Opfern auf dem Dach der Welt. In musikalischer Begleitung des Tubisten Karl Bodmann intonierten die Tibeter ihre Nationalhymne.





Gleichzeitig werden 430 deutsche Rathäuser mit Tibet-Flaggen beflaggt, berichtete Prof. Dr. Ingo Kennerknecht, Sprecher der Tibet-Initiative Münster. Für die Gesellschaft für bedrohte Völker erinnerte Dr. Kajo Schukalla an die aktuelle Menschenrechtslage in Tibet, die Tausende in Umerziehungslagern internierten Nonnen, Mönche und Demonstranten und forderte die sofortige Auflösung der Lager, Demokratie und Freiheit.



Auf die verschobene **Sorben-Veranstaltung** „Leben im Zwiespalt“ mit Benedikt Dyrlich habe ich oben bereits hingewiesen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker ist seit Jahrzehnten in Sachen Minderheiten- und Bürgerrechte der Sorben im Rahmen des Engagements für Minderheiten in Europa aktiv. Exemplarisch füge ich hier eine GfbV-Pressemitteilung zum vorletzten Tag der Muttersprache an.

Deutschland: Mehr Initiativen zum Erhalt der sorbischen Sprache gefordert „Niedergang der kulturellen Vielfalt in Deutschland aufhalten“

Bildquelle: Sorben via Flickr. CC BY 2.0.



Anlässlich des Tages der Muttersprache (21.2.) hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) dringend mehr Initiativen angemahnt, die sorbische Sprache in Deutschland zu bewahren und fortzuentwickeln. „Es gibt akuten Handlungsbedarf, das Sorbische in Schulen und beruflicher Bildung stärker zu fördern. Diese Sprache wird bei uns immer weiter zurückgedrängt, nur noch wenige tausend Menschen sprechen im Alltag aktiv

sorbisch“, sagte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen. „Für ein reiches Land wie Deutschland ist es besonders blamabel, dem Niedergang der kulturellen Vielfalt so wenig entgegenzusetzen. Wenn die Weltkulturorganisation UNESCO über das Sprachensterben in Nepal klagt, dann stimmt dies nachdenklich. Aber es ist bitter, wenn sich im Falle des Sorbischen ein Industrieland als unfähig erweist, die Vielfalt seiner Sprachen zu schützen.“

Etwa 60.000 Sorben leben in Deutschland, rund 40.000 in Sachsen und 20.000 in Brandenburg. Doch nach Angaben des sorbischen Dachverbandes Domowina verwenden aktiv nur rund 17.000 in Sachsen und etwa 5.000 in Brandenburg ihre Sprache im Alltag.

Dringend müsse im Bildungssystem mehr getan werden, um die Kompetenz und Zahl von Sorbisch-Lehrkräften zu verstärken und das Sprachniveau auf allen Ebenen der Gesellschaft zu fördern, forderte die GfbV. Sorbischen Kindern und Jugendlichen müsse es ermöglicht werden, in ihrer Sprache das gleiche mündliche und schriftliche Niveau zu erreichen wie deutschsprachige Kinder. Dabei müsse auch die sorbische Umgangssprache stärker berücksichtigt werden. „Wenn das Sorbische als lebendige Sprache erhalten werden soll, dann muss die Unterrichtsversorgung so regionalisiert werden, dass Sorbisch-Unterricht überall dort angeboten wird, wo er von Eltern und Kindern gewünscht wird“, sagte Delius.

Auch in der dualen Berufsausbildung müsse das Sorbische stärker verankert werden. Es dürfe nicht der Eigeninitiative einzelner Handwerker, Bäcker und Tischler überlassen werden, ihren Lehrlingen berufsbezogenen Fachwörtertschatz zu vermitteln, fordert die GfbV.

Eine im Dezember 2018 veröffentlichte Studie der Universität Leipzig hatte dem Sorbisch-Unterricht in Brandenburg schlechte Noten erteilt. Die Lehrkräfte seien oft ungenügend ausgebildet, die Lehrmaterialien veraltet, viele Unterrichts-Stunden würden ausfallen, hieß es in der Studie. Im gleichen Monat hatten sich außerdem sorbische Institutionen in einem Brandbrief an die Ministerpräsidenten Brandenburgs und Sachsens gewandt und dringend Unterstützung gefordert.

4. Ausgewählte aktuelle Pressemitteilungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

<https://www.gfbv.de/de/informieren/presse/>

Ölförder-Genehmigung in Alaska noch kurz vor der Wahl?

Viel Schaden für Umwelt und indigenen Lebensraum

GfbV-Pressemitteilung vom 29.10.2020

Die noch amtierende US-Regierung will das Schutzgebiet Alaska National Wildlife Refuge (ANWR) für die Erschließung von Öl- und Erdgas-Vorkommen freigeben. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) warnt vor den desaströsen Konsequenzen des Vorhabens für die indigenen Gwich'in auf dem Gebiet. „Dieses Volk lebt sehr traditionell von der Karibu-Jagd“, erklärt Yvonne Bangert, GfbV-Referentin für indigene Völker. „Rohstoffförderung in großem Maßstab würde diese Lebensweise dort unmöglich machen und den Gwich'in die materielle und spirituelle Lebensgrundlage entziehen.“

Die Rohstoffförderung in Alaska ist seit Jahrzehnten ein Streitthema. Der ehemalige Präsident Barack Obama erließ kurz vor der Amtsübergabe an seinen Nachfolger Donald Trump ein Moratorium zum Schutz des ANWR. Als eine seiner ersten Amtshandlungen hob dieser es wieder auf. Das zuständige Innenministerium schloss seine Umweltprüfung kürzlich ab und empfahl im September dieses Jahres, die Versteigerung von Öl- und Gas-Konzessionen in der umstrittenen Küstenebene zu erlauben. „In seinem Gutachten

kommt das Ministerium zwar selbst zu dem Schluss, dass die Fördermaßnahmen Schäden für Umwelt und Wildtiere bedeuten würden, hält das aber offenbar für unerheblich“, berichtet Bangert. „Nach aktuellem Stand könnten die ersten Lizenzen noch in diesem Jahr versteigert werden.“ Indigene und Umweltschutzorganisationen liefen Sturm gegen dieses Vorgehen und würden rechtliche Schritte einleiten.

In dem 78.000 Quadratkilometer großen Gebiet werden bis zu 16 Milliarden Barrel Öl vermutet. Recherchen der New York Times zufolge war das Ergebnis der bisher einzigen Probebohrung innerhalb des ANWR allerdings enttäuschend. Laut Medienberichten seien auch die zu erwartenden Einnahmen für die Staatskasse mager, nicht zuletzt wegen der niedrigen Weltmarktpreise für Rohöl. „Die Trump-Regierung ist bei diesem wirtschaftlich unsinnigen und äußerst umweltschädlichen Projekt aber in großer Eile“, so Bangert. „Denn sein Kontrahent Joe Biden hat angekündigt, das ANWR im Falle seines Wahlsieges unter dauerhaften Schutz zu stellen.“ Das würde erheblich schwieriger, wenn Energieunternehmen bereits Rechte an großen Teilen des Gebietes ersteigert hätten.

Die rund 9.000 Gwich'in leben heute zumeist in 15 Siedlungen und Gemeinden im Nordosten und Osten von Interior Alaska sowie in Kanada, im Norden des Yukon und in den Northwest-Territorien. Ihre kulturelle und wirtschaftliche Lebensgrundlage ist die Porcupine Karibu-Herde, die größte noch frei umherschweifende Herde in Nordamerika. Deren weibliche Tiere kalben im ANWR und ziehen dort ihre Jungen auf, bis sie kräftig genug sind, um mit der Herde zu wandern. Die Herde zählt nach Angaben des amerikanischen Fish and Wildlife Service etwa 197.000 Tiere.

Erster Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Religionsfreiheit Außenpolitik muss Religionsfreiheit als Menschenrecht stärker berücksichtigen *GfbV-Pressemitteilung vom 28.10.2020*

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat gefordert, sich in der deutschen Außenpolitik stärker für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit einzusetzen. Die Menschenrechtsorganisation begrüßte die Veröffentlichung des seit langem erwarteten ersten Berichts des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel. „Das Engagement für Religionsfreiheit darf kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss konkrete Taten folgen lassen. Deutschland und die Europäische Union haben viele Möglichkeiten, sich in ihrer Außenpolitik für den Respekt der Religionsfreiheit einzusetzen. Bislang wird dieses Potential nicht ausgeschöpft“, erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen. Die Menschenrechtsorganisation für religiöse Minderheiten wies darauf hin, dass weltweit hunderte Millionen Menschen aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Dazu zählten nicht nur Menschen christlichen Glaubens, sondern auch muslimischer, buddhistischer, yezidischer und vieler anderer Religionen.

Besonders im Nahen Osten und in Asien ist die Lage oft dramatisch, erklärte die GfbV. So litten alleine in Indien mehr als 200 Millionen Angehörige der muslimischen und christlichen Minderheit unter massiven Einschränkungen ihrer Glaubensfreiheit. Auch im Nachbarland Pakistan sei die Lage für christliche und schiitische Gläubige sowie Hindu dramatisch. Die willkürliche Anwendung von Blasphemie-Vorschriften und anderer diskriminierender gesetzlicher Bestimmungen mache ihr Leben oft zur Hölle.

„In der Türkei- und Nahost-Politik muss sich deutsche Außenpolitik aktiver für den Respekt der Religionsfreiheit und für religiöse Minderheiten einsetzen“, forderte Delius.

Christliche, alevitische, yezidische und andere religiöse Minderheiten ringen dort um ihre Existenz. Doch Deutschland schweige zu den meisten Menschenrechtsverletzungen aus Rücksicht auf das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei. „Auch gegenüber dem politischen Islam zeigt die deutsche Außenpolitik keine klare Kante, obwohl er religiöse Minderheiten terrorisiert. Dabei brauchen christliche, yezidische und andere religiöse Minderheiten im Nahen Osten gerade heute Unterstützung, um ihr Überleben zu sichern“, so Delius.

Olympische Spiele und Menschenrechte Gleichgültigkeit statt Neutralität

GfbV-Pressemitteilung vom 27.10.2020

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat am Dienstag das anhaltende Schweigen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und seines Präsidenten Thomas Bach über schwerste Menschenrechtsverletzungen in China kritisiert. Vor einigen Tagen hatte dieser gefordert, die Olympischen Spiele dürften nicht zum „Marktplatz der Demonstrationen aller Art“ werden. „Bach spricht von politischer Neutralität. Damit meint er, dass wir schwerste Menschenrechtsverletzungen stillschweigend hinnehmen sollten“, erklärt Hanno Schedler, GfbV-Referent für Genozid-Prävention und Schutzverantwortung. „Wenn er zu diesen Verbrechen schweigt, verhält er sich aber nicht neutral: Er unterstützt den laufenden Völkermord, indem er die Kommunistische Partei Chinas vor Kritik schützt.“ Bach wolle blütenreine Kamerabilder aus dem Reich der Mitte liefern, während dort über eine Million Angehörige der uigurischen, kasachischen und kirgisischen Volksgruppen willkürlich interniert sind oder waren. Das schwere Schicksal der muslimischen Nationalitäten sowie der Verfolgten in Tibet und der Inneren Mongolei solle diese regime-freundlichen Bilder offenbar nicht stören.

Vor fünf Jahren gab das IOC seine Entscheidung bekannt, die Olympischen Winterspiele 2022 an China zu vergeben. Daraufhin forderte die GfbV Bach in einem Schreiben auf, sich für verfolgte Medienschaffende sowie Juristinnen und Juristen in China einzusetzen, um einen erneuten Missbrauch der Spiele für die politische Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas zu verhindern. Dabei bestand die Menschenrechtsorganisation auf eine umfassende Aufarbeitung der schweren Menschenrechtsverletzungen, die im Vorfeld und während der Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking verübt wurden. „Leider sind Herrn Bach verfolgte Menschen in China offenbar gleichgültig. Dass er aber jetzt, Jahre nach dem Bekanntwerden von chinesischen Umerziehungslagern für muslimische Nationalitäten, das Wort ‚Uiguren‘ nicht einmal in den Mund nehmen mag, ist nicht hinnehmbar. Frauen werden Opfer von Zwangssterilisierungen, Kinder werden von ihren Familien getrennt, und Herr Bach tut so, als würden die Olympischen Spiele in einem politikfreien Raum stattfinden. Die chinesische Regierung freut es.“

Großbritanniens Außenminister Dominic Raab hatte angesichts der Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang / Ostturkestan einen Boykott der Olympischen Winterspiele 2022 ins Spiel gebracht. In Kanada, Australien und den USA wird ebenfalls über einen Boykott der Spiele debattiert. In Deutschland sei diese Debatte überfällig, findet Schedler: „Thomas Bach hat die Hoffnung geäußert, die Olympischen Spiele könnten ein ‚Tor zum Frieden aufmachen‘. Frieden werden die muslimischen Minderheiten in Xinjiang aber erst finden, wenn die Lager geschlossen sind und die Verfolgung durch die chinesische Regierung endet.“

Politische Reformen in Sinjar (Irak)
GfbV unterstützt yezidische Forderungen
GfbV-Pressemitteilung vom 23.10.2020

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) unterstützt eine Erklärung von yezidischen Persönlichkeiten und Institutionen bezüglich der Einigung zwischen der irakischen Zentralregierung und der Regionalregierung Kurdistan (KRG) bezüglich der Zukunft des yezidischen Kerngebietes Sinjar (Shingal) im äußersten Nordwesten des Iraks.

In der Stellungnahme begrüßen die unterzeichnenden Persönlichkeiten und Institutionen grundsätzlich die Einigung zwischen Bagdad und KRG. Sie stellen jedoch konkrete Forderungen an die beiden Regierungen. „Nur ein Ende des Streites um Sinjar kann den hunderttausenden yezidischen Geflüchteten, die noch immer in Flüchtlingslagern leben, eine Rückkehr in ihre historische Heimat, aus der sie vor den brutalen Angriffen der Radikalislamisten des sogenannten Islamischen Staates im Sommer 2014 flüchten mussten“, erklärt der GfbV-Nahostexperte Dr. Kamal Sido. Auch der Wiederaufbau mit internationaler Unterstützung insbesondere aus Deutschland und anderen Länder der EU könne nur Erfolg haben, wenn eine einheitliche und stabile Verwaltung in Sinjar errichtet werde. Zudem müssten alle yezidischen Milizen in legale, reguläre Verbände des irakischen Militärs integriert werden.

Die GfbV wie auch viele yezidische Stimmen warnen schon jetzt vor einem Scheitern der Einigung zwischen Bagdad und Kurdistan. Viele Kräfte, insbesondere schiitische Milizen, die vom Iran unterstützt werden, könnten versuchen, die Umsetzung des Abkommens zu erschweren. Auch der IS und andere radikalsunnitische Kräfte versuchen, ihre Herrschaftsansprüche in der Region durchzusetzen – mit direkter militärischer Unterstützung durch das türkische Militär. Türkische Kampfflugzeuge, insbesondere Drohnen, fliegen immer wieder Angriffe auf Sinjar. Angeblich bekämpfen sie die kurdische PKK. Tatsächlich haben sie jedoch yezidische Aktivistinnen und Aktivisten zum Ziel, die die Region Sinjar vor IS-Angriffen schützen wollen.

„Das seit Jahrhunderten benachteiligte Sinjar darf nicht zu einem Objekt eines geopolitischen Streites zwischen dem schiitischen Iran und der sunnitischen Türkei werden“, fordert Sido. „Die yezidische Bevölkerung war immer wieder Verfolgung, Vertreibung und Genoziden durch die muslimischen Nachbarn ausgesetzt. Die Menschen sind des Krieges müde, sie wollen endlich in Ruhe und Frieden leben.“ Daher seien die Regierungen in Bagdad und Kurdistan aufgefordert, Konflikte um Sinjar friedlich und unter aktiver Beteiligung der yezidischen Bevölkerung auszutragen und zu lösen.

Die zitierte Stellungnahme wurde am gestrigen Donnerstag, den 22. Oktober, veröffentlicht. Zu den Unterzeichnenden gehören u. a. Dr. Mirza Hasan Dinnayi, yezidischer Autor und Aktivist aus Sinjar und Träger des „Aurora Prize for Awakening Humanity“ 2019, sowie der Zentralrat der Êziden in Deutschland. Sie hängt dieser Mitteilung in deutscher Übersetzung an.

Verfassungsreferendum in Chile
Neustart mit echter Beteiligung für Indigene
GfbV-Pressemitteilung vom 22.10.2020

Am kommenden Sonntag, den 25. Oktober, können mehr als 14 Millionen

Wahlberechtigte über die Frage entscheiden, ob Chile eine neue Verfassung bekommen soll. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) befürwortet eine Abkehr von der bisherigen Verfassung, die teils verheerende Traditionen aus der Militärdiktatur fortführt. „Eine neue Verfassung bietet Chile die Gelegenheit, alte Wunden endlich zu heilen und die vielen Indigenen des Landes effektiv politisch einzubeziehen“, erklärt Yvonne Bangert, GfbV-Referentin für indigene Völker. „Dafür müssen sie schon bei der Formulierung des neuen Textes einen festen Platz am Tisch bekommen, sodass sie die Regeln, die sie betreffen, auch aktiv mitgestalten können.“ Auch die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation, die Chile ratifiziert hat, fordere diese Beteiligung.

Die aktuelle Verfassung des Landes benachteilige die indigene Bevölkerung. „Das Anti-Terror-Gesetz aus der Zeit der Diktatur wird praktisch nur noch eingesetzt, um Anführer der Mapuche-Landrechtsbewegung zu kriminalisieren. Durch eine Vielzahl unfairer Regeln bleiben sie oft jahrelang ohne Anklage in Haft. Wenn es Gerichtsprozesse gibt, laden anonyme Zeugenaussagen zu Missbrauch ein, Dolmetscher in die Mapuche-Sprache werden nicht gestellt“, berichtet Bangert. „Mapuche-Frauen berichten über entwürdigende Behandlung nach ihrer Verhaftung, Razzien in Dörfern laufen oft gewaltvoll ab, Todesfälle werden bisweilen als Suizid deklariert und nicht untersucht oder aufgeklärt.“ In einer neuen Verfassung ließen sich diese Relikte aus der Pinochet-Zeit beseitigen und Rechtsstaatlichkeit schaffen, die auch Indigene fair behandelt. Verfassungsmäßig garantierte Rechte ließen sich überdies einklagen.

Ein weiteres Manko der derzeitigen Verfassung Chiles ist die weitgehende Privatisierung wichtigster Grundlagen des täglichen Lebens. „Seit der Diktatur sind selbst das Bildungswesen und die Wasserversorgung in privaten Händen“, so Bangert. „Arme Bevölkerungsgruppen wie die Indigenen können sich dadurch kaum Bildung leisten, selbst Trinkwasser ist oft unerschwinglich. Stattdessen müssen sie zusehen, wie ihre Gewässer durch Staudämme oder Fischzuchtbetriebe für sie unbenutzbar werden.“ Eine Landreform, die die Enteignungen der Pinochet-Zeit wirksam aufhebt, sei mehr als notwendig. Diese Enteignungen seien der Ausgangspunkt für die heutigen Landrechtskonflikte.

5. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Postanschrift: Markweg 38, 48147 Münster,

E-mail: muenster@gfbv-rg.de

Dr. Kajo Schukalla, Koordinierung, Gremien, internationale Arbeit

Markweg 38, 48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Twitter: <https://twitter.com/Gesellschaftfe> (Kajo Schukalla)

Facebook: <https://www.facebook.com/kajo.schukalla>

Ulrike Kuhlmann, Information und Vernetzung, Veranstaltungsorganisation

Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)

E-mail: ulriekuhlmann@googlemail.com,

Ismet Nokta, Ansprechpartner für Geflüchtete aus Syrien, Irak, Türkei
(deutsch, türkisch, kurdisch in mehreren Dialekten, niederländisch)
Tel. 0162-9789237,
E-mail: Ismetleyla@web.de

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster
www.rg-muenster.gfbv.de

Einige unserer Beiträge aus Münster und durch das Bundesbüro in Göttingen finden sich über diese Links:

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/regionalgruppe-muenster-archiv/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

<https://gfbvblog.wordpress.com/>
www.gfbv.de/de/informieren/spotlights/
www.gfbv.de



PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail an kajo.schukalla@gmail.com oder muenster@gfbv-rg.de . Wir werden dann alle Daten umgehend löschen.

Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verloren geht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.